



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 107. Ratssitzung vom 11. September 2024

3649. 2023/579

**Weisung vom 13.12.2023:**

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez und Andreas Kirstein betreffend Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht «Zürich und die Spanienfreiwilligen» gemäss Beilage vom Oktober 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat von Dr. David Garcia Nuñez und Andreas Kirstein (beide AL) betreffend Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich (GR Nr. 2020/166) wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung  
Dispositivziffer 1 / Kommissionsreferat Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

**Sophie Blaser (AL):** *Mit dem Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) forderte der Gemeinderat den Stadtrat auf, in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Sozialarchiv einen Bericht zu erstellen, der die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) auf die damaligen Bewohner\*innen der Stadt Zürich beleuchten sollte. Insbesondere sollte auf die Situation der «Spanienfreiwilligen Kämpfer\*innen», auf ihr soziales Umfeld und die Situation der geflüchteten Spanier\*innen eingegangen werden. Ein Teil des Lebens der Spanienfreiwilligen ist gut erforscht, weil im Bundesarchiv die Urteile der Militärjustiz gut dokumentiert sind. Die Schweiz ist die einzige Demokratie, die die Rückkehrer\*innen strafrechtlich verfolgt hat. Eine Leerstelle in der Forschung ist die Situation in Zürich. Der Stadtrat beauftragte den Historiker Dr. Moisés Prieto, einen Bericht über den Umgang der Zürcher Behörden mit den Spanienfreiwilligen nach ihrer Rückkehr zu verfassen. Im internationalen Vergleich und in Bezug auf die Bevölkerungszahlen haben sich ausserordentlich viele aus der Schweiz nach Spanien begeben, um sich den Internationalen Brigaden anzuschliessen. Sie wurden von der Kommunistischen Internationalen rekrutiert, um die Spanische Republik zu verteidigen. Aus der ganzen Schweiz reisten 800 Personen nach Spanien. Ihr Einsatz gegen den Faschismus wurde ihnen nach der Rückkehr*



*in die Schweiz nicht nur nicht angerechnet, sie wurden dafür bestraft. Vor dem Bericht war nicht bekannt, wie viele Personen aus der Stadt Zürich nach Spanien reisten. Jetzt wissen wir, dass von den 197 Zürcher\*innen nur noch 159 aus Spanien zurückkehrten. Zwei dieser Zürcher\*innen kämpften auf der Seite von General Franco gegen die Spanische Republik. Das Geschlechterverhältnis in der bereinigten Liste beträgt 10 Frauen zu 149 Männern, das Gendern ist somit angebracht. Der Bericht beleuchtet die Biografie der Freiwilligen. Es wird der Schriftverkehr mit Zürich zitiert und berichtet, was aus ihrem Leben vor und nach Spanien bekannt ist. Der Einsatz für die Spanische Republik und gegen den Faschismus ist in allen Lebensläufen ein Einschnitt. Weil es zur Sitzung passt, werde ich einen kleinen Ausschnitt aus dem Leben einer Person erzählen. Im «Roten Zürich» wurden Kommunisten und Sympathisant\*innen unter der «Sozialfaschismus-These» in Wort und Tat heftig angegriffen. Ein Beispiel ist der Zürcher Otto Brunner, ein kommunistischer Gemeinderat. Er führte als Kommandant das Bataillon «Tschapajew» an. Zurück in Zürich hatte er eine führende Rolle bei der Eskalation des wilden Streiks der Heizungsmonteuere. Im Anschluss wurde er bei den blutigen Unruhen aus der Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (SMUV) ausgeschlossen. Im Jahr 1941 wurde er vom Territorial-Kommando 6 «wegen seiner kommunistischen Einstellung und Tätigkeit» auf die Liste A der politisch gefährlichen Schweizer gesetzt. Ob das mit seinem Einsatz in Spanien oder grundsätzlich mit der Verfolgung der Kommunist\*innen zusammenhing, lässt sich nicht herleiten. Später führte er ein Zigarrengeschäft. Die Leben der Spanien Rückkehrer\*innen verliefen sehr unterschiedlich. Zwei gingen zurück nach Spanien, ein paar wurden zu Sozialfällen und einige gingen einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nach. Ihre Selbstwahrnehmung als Opfer eines Staates, der sie unfair behandelte, gilt heute immer noch als dominantes Narrativ. Über die Umstände der Familien und Kinder der Spanienfreiwilligen wissen wir beinahe nichts. Im Bericht ist dazu festgehalten, dass die Involvierung von Nachkommen und die Auswertung von Privatnachlässen neue Informationen bringen könnte. Es wäre spannend, die Situation der Kinder zu erforschen, ob sie einer Form von Sippenhaft unterzogen worden sind. Über die politische Polizei und ihre Überwachungsentwicklung kann der Bericht kein eindeutiges Fazit ziehen. Es sind nicht über alle Rückkehrer\*innen Akten vorhanden. Wo das der Fall ist, wird klar, dass sie überwacht und als unterschwellige Gefahr für die innere Sicherheit wahrgenommen wurden. Während der Abwesenheit der Freiwilligen hat die Stadt ihre Familien mit Hilfeleistungen unterstützt. Der Bericht hält fest, dass in den Akten der Stadt ein missgünstiger und feindlicher Blick auf die Rückkehrer\*innen zu erkennen ist. Trotz des abschätzigen Tons hat Zürich den Rückkehrer\*innen und ihren Familien Hilfeleistungen gewährt. Ob die Hilfeleistungen gleich ausgefallen sind wie bei den übrigen Hilfesuchenden, ist nicht klar. Es gibt keine Vergleiche mit Hilfeleistungen für Menschen, die nicht freiwillig in Spanien waren. Auch hier kann der Bericht keine abschliessende Aussage machen. Die gesamtgesellschaftliche Dimension ist im Bericht vor allem im Ausblick erwähnt. Der Vorwurf der beruflichen Diskriminierung wurde im Bericht nicht berücksichtigt. Um diesen zu entschärfen, müssten die Recherchen erweitert werden. Zusammenfassend stellt der Historiker Dr. Moisés Prieto fest, dass intensivere Recherchen zur Frage der Schnittstelle zwischen politischer Über-*



wachung und einem angeblichen Berufsverbot notwendig wären, obwohl sich die Quellen in den Archiven des Bund und Kantons sicher finden liessen. Die Mehrheit der Kommission beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung Dispositivziffer 1:

**Stefan Urech (SVP):** Sei es zur Verwicklung von Zürich mit der Sklaverei, zur Bedeutung des Begriffs «Mohr», zur Zwangsarbeit in den 1950er-Jahren oder nun auch zu den Spanienkämpfern aus Zürich – linke Gemeinderäte geben am Laufmeter Forschungsarbeiten in Auftrag. Meistens formulieren sie bereits im Vorstoss, welches Resultat sie in der Forschungsarbeit erhalten wollen. Im Normalfall nimmt der linke Stadtrat den Forschungsauftrag entgegen und macht sich auf die Suche nach einem linken Historiker, der die Fakten so auswählt, dass sie am Ende zum bestellten Ergebnis passen. Das war auch hier der Fall. Im Bericht werden die Spanienkämpfer eindimensional als Gutmenschen verklärt, die «die Werte der Freiheit und Demokratie» verteidigten. Das mag auf eine grosse Mehrheit zutreffen. Nur am Rande erwähnt wird jedoch, dass viele Verehrer des Diktators Stalin waren und brutal Jagd auf innerparteiliche Abweichler gemacht haben. Exemplarisch wurde Otto Brunner in der Vorstellung des Berichts erwähnt, der als kommunistischer Gemeinderat dargestellt wurde, der nur Gutes gemacht hätte. Dass er in Barcelona aus Versehen jemanden erschossen hat, der eine andere Meinung hatte, wurde ausgelassen. Auch im Bericht wird das nur auf einer Nebenseite erwähnt und nicht gross thematisiert. Das ist so bei bestellten Berichten und Erkenntnissen: Sie sollen das eigene Weltbild nicht hinterfragen, sondern reinpassen. Darüber ärgern wir uns. Denn gebracht hat der Bericht nichts, nur dass wir um 35 000 Franken ärmer sind.

Weitere Wortmeldungen:

**Maya Kägi Götz (SP):** Wir erkennen im Umgang mit dem Schicksal der Spanienfreiwilligen ein Forschungsdesiderat, das auf Arbeiten im erweiterten Untersuchungsrahmen wartet, insbesondere da die Schweiz als einzige Demokratie ihre Spanienfreiwilligen durch die Militärjustiz strafrechtlich verfolgte. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis, weil die historische Studie einen Beitrag zur Erinnerungsarbeit leistet und der Stadt eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit bietet. Wir wissen, dass auch andere Historiker\*innen Interesse daran hatten, als ausgewiesene Expert\*innen und vielleicht noch aus einer viel linkeren Position diesen Forschungsgegenstand zu bearbeiten. Der Abschreibung des Postulats stimmen wir ebenfalls zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Im Jahr 1936 haben Teile der spanischen Armee gegen die demokratisch gewählte Regierung der Spanischen Republik geputscht. Daraufhin kam es zu einem blutigen Bürgerkrieg, in dem auch Freiwillige aus der ganzen Welt für die Vertei-



*digung der Demokratie kämpften. Rund 800 davon kamen aus der Schweiz. Der Umgang mit den Spanienfreiwilligen ist kein Ruhmesblatt der Schweiz. Als einzige Demokratie verfolgte sie ihre Spanienfreiwilligen systematisch strafrechtlich. Die Geschichte der Schweizer Spanienfreiwilligen ist gut erforscht, vor allem im Zusammenhang mit den Verurteilungen durch die Militärjustiz. Weniger bekannt ist, wie es den Spanienfreiwilligen nach den Verurteilungen erging. Aus diesem Grund fokussierte sich der Bericht des Schweizerischen Sozialarchivs, der vom Präsidialdepartement in Auftrag gegeben wurde, auf diese Frage: Wie gingen die Zürcher Behörden nach dem Jahr 1939 mit den Spanienfreiwilligen um? Im Raum standen die Vorwürfe, dass sie diskriminiert und ausgegrenzt wurden und dass es schwarze Listen gab. Der Bericht kommt kurz zusammengefasst zu den folgenden zwei wichtigsten Erkenntnissen. Erstens unterstützten die städtischen Institutionen die zurückgekehrten Spanienfreiwilligen und ihre zurückgelassenen Familien. Eine materielle Diskriminierung lässt sich auf Basis der Quellenlage nicht erkennen. Das ist bei solchen Forschungen immer zentral: Wie ist die Quellenlage und was geben die Quellen her? Der Tonfall in den Akten der Sozialen Dienste liess eine feindselige und missgünstige Einstellung gegenüber den Betroffenen durchblicken. Zweitens lässt sich zur politischen Polizei und ihrer Überwachungsaktivitäten aufgrund der Quellenlage kein eindeutiges Fazit ziehen. Die Frage, ob es ein Berufsverbot für Spanienfreiwillige in Form von schwarzen Listen gab, lässt sich nicht abschliessend beantworten. Aufgrund der Quellen lässt sich das weder belegen noch widerlegen. Subjektiv dürften sich die Folgen für die Betroffenen allerdings kaum von einer systematischen Sperre unterscheiden haben. Der vorliegende Bericht ist ein weiteres Puzzelstück in der kollektiven Stadtzürcher Erinnerung. Der Bericht kann und soll dazu dienen, diesen Aspekt der Zürcher Geschichte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.*

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** *Wir von der GLP nehmen den Bericht zur Kenntnis. Wir teilen eine der Einschätzungen des Stadtrats, dass eine vertiefte Erforschung der Frage, ob die Spanienfreiwilligen soziale und berufliche Diskriminierung erfahren haben, sich nicht aufs Archivmaterial innerhalb unserer Stadtgrenzen reduzieren lassen kann. Die städtischen Quellen haben ergeben, dass Sozialhilfe geleistet wurde und dass eine Überwachung in einem gewissen Rahmen stattfand. Darüber hinaus haben wir keine grossen Erkenntnisse gewonnen. Deshalb zu sagen, dass wir eine Studie haben, die beinhaltet, was wir bestellt haben, halte ich für waghalsig. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht erstaunt es nicht, dass der Erkenntnisgewinn nicht gross ist, denn der gesamtgesellschaftliche Kontext darf nicht unterschätzt werden. Folgerichtig wurde der Bericht des Historikers Dr. Moisés Prieto auch als Machbarkeitsstudie konzipiert, die primär aufzeigt, wo es Potenzial für weitere Recherchen gibt. Ich bin optimistisch, dass sich die Wissenschaft dieses Kapitels annehmen wird. Aus Sicht der GLP kann es nicht die Aufgabe der Stadt sein, weiterreichende Recherchen in Auftrag zu geben – dafür haben wir die Forschung. Für uns als Gemeinderäte, die das Postulat der Gemeinderatskollegen Dr. David García Nuñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) überwiesen haben, konnte der Bericht interessante Einblicke liefern. Ich empfehle seine Lektüre, denn die Epoche ist spannend und nach wie vor relevant. Der Bericht zeigt auf, dass die Quellenlage und deren Auswertung nicht immer so einfach sind, wie man sich das vielleicht vorstellt.*



**Isabel Garcia (FDP):** Die FDP wird den Bericht aus zwei Gründen zur Kenntnis nehmen und der Abschreibung des Postulats zustimmen. Erstens kann der Bericht keine Diskriminierung bei der sozialen Sicherung der Spanienkämpfer durch die Städtzürcher Behörden nachweisen. Wenn die Personen nach ihrer Rückkehr in die Schweiz in finanzielle oder wirtschaftliche Not gerieten und sich an die Behörden wandten, dann wurde ihnen der Gesetzesgrundlage entsprechend geholfen. Aus den Akten geht hervor, dass ein missbilligender und abschätzender Blick auf die Antragsteller vorherrschte, aber das spielt keine Rolle, weil die Hilfe gewährt wurde. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Überwachung und die Erkenntnisse dazu. Dort ist die Quellenlage schwieriger. Es wird vermutet, dass nicht mehr alle Quellen vorhanden sind oder dass sie vernichtet wurden. Trotzdem kommt der Bericht zum Schluss, dass bezüglich der Überwachung durch den damaligen Staatsschutz kein eindeutiges Fazit gezogen werden kann. Die vorhandenen Quellen weisen darauf hin, dass Personen teilweise überwacht und abgehört wurden. Der Bericht hält fest: «Diese Quellenlage würde daraufhin hindeuten, dass die Überwachung der ehemaligen Spanienfreiwilligen einen präventiven Charakter hatte.» Eindeutige Beweise für schwarze Listen oder andere systematische Diskriminierungen der Spanienkämpfer nach ihrer Rückkehr wurden im Bericht nicht gefunden.

**Stefan Urech (SVP):** In ein paar Voten wurde angedeutet, dass die linken Spanienkämpfer zurück in eine erzkonservative Gesellschaft gekehrt und dann verfolgt und missgünstig angeschaut worden seien. Der Bericht hält fest: «Der Spanien-Einsatz und die Rückkehr der Freiwilligen fielen in die Zeit des sogenannten ‹Roten Zürich›, als die Sozialdemokratische Partei die Gemeinderatsmehrheit [...] und die Stadtratsmehrheit [...] besass.» In der Stadt, die sie angeblich diskriminierte und systematisch verfolgte, herrschte in beiden Kammern eine SP-Dominanz.

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** Aus einer formalen Perspektive zeigt sich, dass die im Postulat aufgeworfenen Fragen – entgegen den Behauptungen, die bei der Überweisung von der rechten Seite geäußert wurden – weder ein isoliertes Phänomen noch bereits beantwortet sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die Expert\*innen bezeugen, dass die Erforschung des Umgangs der Stadt mit den Spanienkämpfer\*innen und ihren Familien ab dem Jahr 1939 ein grosses Forschungsdesiderat darstellt und weiter erforscht werden sollte. Ferner haben sich die von der SVP und FDP geäußerten Befürchtungen zu Einschränkungen der Forschungsfreiheit nicht bewahrheitet. Das Schweizerische Sozialarchiv erfüllte seinen Forschungsauftrag selbstständig und ohne politische Einflussnahme. Hinsichtlich der Berichtsform muss ich der Stadtpräsidentin sagen, dass sie uns zwar eine formal gut erstellte Studie lieferte, sie jedoch höchstens als Machbarkeitsstudie bezeichnet werden kann. Denn trotz der mehrjährigen Vorlaufzeit wurde der Bericht innerhalb weniger Monate erstellt. Obwohl es das Postulat verlangt, äussert sich der Bericht nicht zu den vor dem Bürgerkrieg geflüchteten Spanier\*innen. Darunter waren auch viele Kinder, die in der Schweiz geblieben sind. Weshalb sich die Exekutive zu diesem minimalistischen Vorgehen entschieden hat, bleibt ihr Geheimnis; persönlich bedauere ich das sehr. Unabhängig von meinem Befinden kann nüchtern festgehalten werden,



*dass eine politische und historische Verantwortungsübernahme den Spanienkämpfer\*innen und ihren Angehörigen gegenüber anders aussieht. Zum inhaltlichen Fazit. Die Machbarkeitsstudie zeigt, wie die Spanienkämpfer\*innen formell und informell, direkt und indirekt diskreditiert und diskriminiert wurden. Die ominöse schwarze Liste der Spanienkämpfer\*innen wurde zwar nie gefunden, damit rechnete ich jedoch nicht, weshalb sie nicht Gegenstand des Postulats war. Die Stigmatisierung findet immer subtile Wege, sich zu entfalten, insbesondere in der damaligen Gesellschaft, die viel mehr als heute auf dem helvetischsten aller sozialen und politischen Konstrukte basierte: dem bürgerlichen Filz. Es ist schade, aber bis zu einem gewissen Punkt nicht verwunderlich, dass die Stadt nicht über mehr Quellen zu den Angehörigen der Spanienkämpfer\*innen verfügt. Wie Christine Seidler (SP) eindrücklich berichtete, mussten Menschen auch Jahrzehnte später für die Tatsache, dass sich ihre Verwandten für die Freiheit in Spanien einsetzten, arg bezahlen. Das Kapitel bleibt leider geschlossen. Forscher\*innen haben nun aber eine gute Vorlage, um es in der Zukunft zu öffnen. Schliesslich stellt die Machbarkeitsstudie in eindrücklicher Weise dar, wie intersektional die Diskriminierung der Spanienkämpfer\*innen stattfand. Manchmal wurden sie aufgrund ihres Engagements im Krieg diskriminiert. Manchmal reichte es, sie als Kommunist\*innen oder als linke Revolutionär\*innen zu denunzieren, um sie sozial auszuschliessen. Manchmal war das alles nicht nötig, da die damals und heute übliche Ablehnung von Menschen in tiefster Armut oder mit psychischen Auffälligkeiten reichte, diese Gruppe zu stigmatisieren. Dem Bericht gelingt es, die Zukunftserinnerung herzustellen, die ich bei der Postulatsbegründung in der Hoffnung erwähnte, dass sie das Sozialarchiv finden werde. Wir haben die Erinnerung schwarz auf weiss. Spanienkämpfer\*innen mussten mit der intersektionalen Stigmatisierung in unserer Stadt durch unsere Behörden leben. Sind wir sicher, dass solche Ausschlussprozesse nicht mehr stattfinden? Und wenn nicht, was bedeutet die Erinnerung für unsere Zukunft? Was machen das Parlament und der Stadtrat, um diese problematischen und nachgewiesenen Strukturen im Alltag zu durchbrechen?*

**Jean-Marc Jung (SVP):** *Der Bericht ist interessant und lesenswert. Allerdings wird darin behauptet, dass die Zürcher Freiwilligen, die nach Spanien gingen, dies vor allem aus valablen Gründen machten. Dabei werden vor allem die linken bis kommunistischen Spanienkämpfer als Freiheitskämpfer in den Mittelpunkt gestellt – man will die gute Absicht für sich monopolisieren. Das ist leider linke Schönfärberei. Ehrentvoll war das Morden beider Seiten auf keinen Fall. Überfälle von ganzen Dörfern und Städten waren Gemetzel, in denen man sich gegenseitig umbrachte. Nicht alle Freiwilligen waren Kommunisten. Das wird im Bericht am Rande erwähnt. In diesem Zusammenhang wird auf Hans Hutter aus Winterthur verwiesen, der nach seiner Rückkehr aus Spanien mit Gefängnis bestraft wurde. Er war kein Kommunist, sondern ein parteiungebundener Antifaschist, der vom Jahr 1936 bis zum Jahr 1938 auf der republikanischen Seite kämpfte. Er wurde später Grossgaragist und ich konnte ihn vor einiger Zeit kennenlernen. Er sagte mir, dass wir uns stets daran erinnern sollten, dass der Kampf gegen den Faschismus immer geführt werden muss und dass er kein Monopol der Linken ist, sondern auch ein fester Bestandteil im rechtsbürgerlichen Lager sein muss. Im Gegensatz dazu wollten die Kommunisten, die im Jahr 1939 plötzlich die Seiten gewechselt und gemeinsame*



*Sache mit den Nazis gemacht haben, nichts mehr vom Antifaschismus wissen. Das steht auch im Bericht. Er hält weiterhin fest, dass rund ein Viertel aller Schweizer Freiwilligen auf dem Schlachtfeld oder an den unmittelbaren Folgen starben. Das sind sehr viele Tote. Es steht auch, dass rund die Hälfte der Spanienfreiwilligen bereits vor ihrer Reise nach Spanien vorbestraft war. Es scheinen also viele zwielfichtige linke Gestalten in diese Internationalen Brigaden eingetreten zu sein. Die meisten wurden von der Kommunistischen Internationalen rekrutiert. Auch aus anderen Ländern reisten Freiwillige nach Spanien, beispielsweise aus Deutschland. In Spanien selbst führten die Kommunisten Säuberungswellen in den eigenen Reihen durch, die von Stalin oder dem Politkommissar befohlen wurden. Einer der Schweizer Spanienkämpfer war ein solcher Politkommissar: der damalige kommunistische Gemeinderat und spätere Spanienkämpfer Otto Brunner. Aus schweizerischer oder zürcherischer Sicht ist kaum zu sehen, welche Spanienkämpfer wo und wie wen ermordet haben. Eine gewisse soziale Ächtung der Rückkehrer ist logisch und angebracht. Die meisten waren nicht Opfer ihrer Umstände, sondern Täter. Hier gilt nicht die Unschuldsvermutung. Trotzdem wurden diejenigen Spanienfreiwilligen, die sich in der Not um soziale Hilfe bemüht haben, unterstützt. Das ist moralisch fragwürdig, aber eine zivilisatorische Leistung. Damals war die Schweiz vom Faschismus umringt, das dürfen wir nicht vergessen. Sie hat es trotzdem geschafft, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden, wie es auch Spanien schaffte, nach dem Spanischen Bürgerkrieg während des Zweiten Weltkriegs abseits zu stehen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Sophie Blaser (AL); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.



8 / 8

Zustimmung: Referat: Sophie Blaser (AL); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Stefan Urech (SVP)

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 108 gegen 1 Stimme (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht «Zürich und die Spanienfreiwilligen» gemäss Beilage vom Oktober 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat von Dr. David Garcia Nuñez und Andreas Kirstein (beide AL) betreffend Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich (GR Nr. 2020/166) wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. September 2024

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat